



[ Gaßner, Groth, Siederer & Coll. ]  
Rechtsanwälte

## Abfall • Newsletter

März 2008

Liebe Mandantschaft,  
sehr geehrte Damen und Herren,

in unserem Abfall • Newsletter März 2008 informieren wir insbesondere über die aktuelle Diskussion zu gewerblichen Sammlungen.

Wir möchten Sie an dieser Stelle auch auf unser

---

**10. Informationsseminar  
Erfahrungsaustausch Kommunale  
Abfallwirtschaft**

**des Anwaltsbüros [Gaßner, Groth, Siederer  
& Coll.] in Berlin am 05. und 06. Juni 2008  
im Umweltforum\_Auferstehungskirche  
Berlin**

---

hinweisen (vgl. Anhang zu diesem Newsletter).

Bei Interesse können Sie sich über unsere weiteren Service- und Newsletter-Angebote auf unserer Homepage unter [www.ggsc.de](http://www.ggsc.de) informieren.

Wir wünschen Ihnen nun viel Spaß bei der Lektüre!

### Übersicht

- Informationsseminar 2008
- „Häuserkampf“ und „Tonnenflut“ – Neues zu gewerblichen Sammlungen
- Abfallwirtschaftliche Vergaben - VK Brandenburg zur Rügeobliegenheit und zu Gesamtbruttopreisen
- [GGSC]-Seminare
- [GGSC] auf Veranstaltungen
- [GGSC]-Veröffentlichungen

### [INFORMATIONSEMINAR 2008]

Wir freuen uns, in diesem Jahr zum 10. Mal zu unserem jährlichen Informationsseminar „Erfahrungsaustausch kommunale Abfallwirtschaft“ nach Berlin einladen zu können. Auch für unsere „Jubiläumsveranstaltung“



haben wir ein Vortragsprogramm erarbeitet, das sowohl abfallpolitische, abfallwirtschaftliche und abfallrechtliche Fragestellungen betrifft und insbesondere aktuelle Fragen aus der abfallwirtschaftlichen Praxis der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger behandelt. Als Referenten und Diskussionssteilnehmer zur aktuellen Situation der Abfallwirtschaft und der Entwicklung der Abfallpolitik konnten wir Frau V. Gäde-Butzlaff (BSR Berlin), Herr Dr. E. Schweitzer (ALBA), Herr Dr. R. Siechau (VKU) und Herrn Dr. H. Wendenburg (BMU) gewinnen.

Das Veranstaltungsprogramm finden Sie im Anhang zu diesem Newsletter.

## **[„HÄUSERKAMPF UND TONNENFLUT“ – NEUES ZU GEWERBLICHEN SAMMLUNGEN]**

Nach mehreren Entscheidungen zugunsten privater Entsorger ist bundesweit eine deutliche Zunahme sogenannter „gewerblicher Sammlungen“ zu verzeichnen. Kaum ein Bringsystem scheint gefeit vor gewerblichen Altpapiersammlungen, gelegentlich werden Tonnen „über Nacht“ und ohne jede vorherige Anzeige gegenüber den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern (und damit eigentlich formell illegal) aufgestellt.

Gestärkt fühlen sich die privaten Entsorgungsunternehmen von Entscheidungen des VG Freiburg (27.12.), OVG Lüneburg (24.01.2008), VGH Mannheim (11.02.2008), VG Augsburg (15.02. und 05.03.2008), VG Schwerin (21.02.2008) und VG Würzburg (27.02.2008). Wie [GGSC] in einem ausführlichen Thesenpapier für öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger näher erläutert, bestehen sowohl aus rechtlichen als auch aus anderen Aspekten gute Gründe, diesen „gewerblichen Sammlungen“ (und gelegentlich auch vermeintlich „gemeinnützigen Sammlungen“) entgegen zu treten.

[GGSC] vertritt eine Reihe von Kommunen in laufenden Antrags- und Klageverfahren vor deutschen Verwaltungsgerichten.

Bei „gewerblichen Sammlungen“ treten dabei nicht nur abfallrechtliche Fragen auf. Soweit gewerbliche Sammlungen tatsächlich durchgeführt werden, wirft die als „kostenlos“ beworbene Tonne privater Entsorger steuerrechtliche Fragen auf. Insbesondere stellt sich die Frage, ob das den gewerblichen Sammlern überlassene werthaltige Altpapier nicht ein steuerpflichtiges Entgelt für eine Entsorgungsleistung darstellt. Die Frage ist insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über die Besteue-



zung tauschähnlicher Umsätze in der Entsorgungswirtschaft (siehe z.B. EUWID vom 11.03.2008) von Interesse. [GGSC] hat ein Musterschreiben für entsprechende Anfragen beim zuständigen Finanzamt entworfen, das öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern auf Nachfrage gerne übersandt wird.

Im Übrigen gibt es unabhängig von den abfallrechtlichen Fragestellungen, die letztlich vom Bundesverwaltungsgericht zu beantworten sein werden, gute Gründe dafür, dass Bürger und Abfallbesitzer von der kommunalen „Blauen Tonne“ überzeugt werden können. Dabei ist zum einen an gebührenrechtliche Anreize zu denken, andererseits der Kontakt zu den Bürgern zu suchen. Denn rechtlich mag die Auslegung des § 13 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 KrW-/AbfG umstritten sein, die fiskalischen Folgen gewerblicher Sammlungen sind offensichtlich: Es werden Kosten sozialisiert und Erlöse privatisiert.

Den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern übersenden wir auf Nachfrage gerne das angesprochene Thesenpapier und das Musterschreiben als PDF-Datei.

Rückfragen bei [GGSC] bitte an Rechtsanwalt Jens Kröcher, Rechtsanwältin Caroline

von Bechtolsheim und Rechtsanwalt Dr. Frank Wenzel.

### **[VK BRANDENBURG ZUR RÜGEBLIEGENHEIT UND ZU GESAMTBRUTTOPREISEN]**

Die Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft hat mit Beschluss vom 28.01.2008 (Az.: VK 59/07) den Nachprüfungsantrag eines Bieters zurückgewiesen. [GGSC] hatte sowohl die Ausschreibung begleitet als auch die Vergabestelle im Verfahren vertreten. Das Verfahren war von einem Bieter eingeleitet worden, dessen Angebot nicht das wirtschaftlich günstigste war. Dies war ihm in der Mitteilung nach § 13 VgV mitgeteilt worden.

Den daraufhin eingeleiteten Nachprüfungsantrag hielt die Vergabekammer für „teilweise unzulässig, im Übrigen für offensichtlich unbegründet“. Auch der Antrag auf Akteneinsicht nach § 111 Abs. 1 GWB wurde abgelehnt.

---

#### **Kein Ausschluss allein wegen Umfirmierung**

---

Der Antragsteller hatte nach Angebotsabgabe umfirmiert. Seine Satzung war im übrigen unverändert geblieben.

Nach Überzeugung der Vergabekammer liegt darin keine Änderung in der Person des



Bieters und damit auch keine unzulässige Änderung der Verdingungsunterlagen.

Der Antragsteller hatte in seinem Nachprüfungsantrag unter anderem moniert, dass ihm zwar ein Grund für die Nichtberücksichtigung, aber keine (ausführliche) Begründung gegeben worden war.

---

### Rechte aus § 13 VgV?

---

Nach Ansicht der Kammer werden die rechtlich – nach § 13 VgV – schutzwürdigen Interessen aber bereits durch die Möglichkeit eines Nachprüfungsantrags gewahrt.

Zur Begründung der Antragsbefugnis muss der Antragsteller umfassend darlegen, weshalb er ein Interesse am Auftrag hat, worin eine Verletzung seiner Rechte durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften liegt und dass ihm hierdurch ein Schaden entstanden ist.

---

### Darlegungslast - keine Vermutungen

---

Unzureichend ist es insoweit, wenn sich der Antragsteller auf Vermutungen beschränkt, pauschale Vorwürfe erhebt und im Ergebnis „ins Blaue hinein vorträgt“, wie im entschiedenen Fall nach Ansicht der Kammer geschehen.

Nach Auffassung der Kammer vermittelt § 25 Nr. 2 Abs. 3 VOL/A, der den Auftraggeber bei Vorliegen der Voraussetzungen zur Durchführung einer Auskömmlichkeitsprüfung verpflichtet, dem (unterlegenen) Bieter nur in Ausnahmefällen (z.B. bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Bieters oder seiner gezielten Marktverdrängung) ein subjektives Recht.

---

### Recht des Konkurrenten auf Auskömmlichkeitsprüfung des Bestangebots?

---

Hierzu hatte der Antragsteller nichts Konkretes vorgetragen und eine konkrete Rüge zuvor unterlassen, so dass es auch hier an einer Antragsbefugnis mangelte.

Für die nach § 107 Abs. 3 Satz 1 GWB gegebene Rügeobliegenheit greift die Vergabekammer die jüngste – sehr restriktive – Rechtsprechung des BGH und der Obergerichte zu den Anforderungen an die „Kenntnis“ des Bieters auf.

---

### Rügeobliegenheit

---

Für die Unverzüglichkeit der Rüge hält die Kammer „bei überschaubaren und einfach zu bewertenden Sachverhalten im Einzelfall eine Rügefrist von 1-3 Tagen“, jedoch „in der Regel mindestens 3-5 Tage“ für ausreichend, wobei Sonn- und Feiertage bei der Zählung nicht zu berücksichtigen sind.



Nicht zu beanstanden war aus Sicht der Kammer, dass der Auftraggeber von den Bietern Gesamtbruttopreise gefordert hatte. Dies stelle schon deshalb kein „ungewöhnliches Wagnis“ im Sinne des § 8 Nr. 1 Abs. 3 VOL/A dar, weil die Umsatzsteuer „ein typisches Risiko eines Unternehmers“ sei bzw. „zu seiner Sphäre gehöre“.

---

### Gesamtbruttopreise

---

Auch habe der Auftraggeber auf diesen Umstand umfassend in der Leistungsbeschreibung und den Besonderen Vertragsbedingungen ebenso wie auf das von dem Auftragnehmer zu tragende Risiko der korrekten Zugrundelegung der steuerlich relevanten Bemessungsgrundlagen hingewiesen. Die Entscheidung ist (wie auch das bestätigte Vorgehen des Auftraggebers) daher insbesondere für Vergabeverfahren, die im Ergebnis positive Marktpreise erwarten lassen, wie z.B. aktuell auf dem Altpapiermarkt bei Verrechnung der Kosten der Entsorgung mit den durch die Vermarktung des Abfalls erzielten Erlösen, in der Praxis von Bedeutung.

Eine Kopie der Entscheidung übersenden wir auf Anfrage gerne als PDF-Datei.

Rückfragen bei [GGSC] bitte an Rechtsanwalt Dr. Frank Wenzel oder Rechtsanwalt Jens Kröcher.

### [GGSC-SEMINARE]

05./06.06.2008 in Berlin

#### 10. [GGSC]-Informationsseminar „Erfahrungsaustausch Kommunale Abfallwirtschaft“

### [GGSC AUF VERANSTALTUNGEN]

08.04.2008 in Kassel

#### Hartmut Gaßner, 20. Kasseler Abfallforum und Bioenergieforum

#### „Chancen der interkommunalen Beschaffungs- kooperation“

### [GGSC-VERÖFFENTLICHUNGEN]

In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Müll und Abfall (Heft 02/2008, Seite 99/100) finden sich Beiträge von [GGSC] RechtsanwältlInnen u.a. zu folgenden Themen:

- VG Oldenburg gibt Klagen mehrerer Grundstückseigentümer gegen die Festsetzung Gebühr für Abfallentsorgung statt
- Vergabekammer Münster setzt sich mit wirtschaftlicher Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets auseinander
- Bundesverwaltungsgericht erklärt Nachsortierung von Abfällen für zulässig



**[ Gaßner, Groth, Siederer & Coll. ]**  
**Seminare**

## **Erfahrungsaustausch Kommunale Abfallwirtschaft**

**10. Informationsseminar des Anwaltsbüros  
[Gaßner, Groth, Siederer & Coll.] in Berlin am 5. und 6. Juni 2008  
im Umweltforum\_Auferstehungskirche**

**[Donnerstag, den 05.06.2008]**

**[Themenblock A: Abfallwirtschaft und Abfallpolitik]**

- 9.30 Uhr**      **Begrüßung und Einführung**  
Herr Rechtsanwalt Hartmut Gaßner  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]
- 9.40 Uhr**      **Herausforderungen eines kommunalen Abfallwirtschaftsunternehmens**  
Frau Vera Gäde-Butzlaff  
Vorsitzende des Vorstandes der Berliner Stadtreinigungsbetriebe
- 10.00 Uhr**     **Strategien eines großen Privatentsorgers**  
Herr Dr. Eric Schweitzer  
Vorstand der ALBA AG
- 10.20 Uhr**     **Forderungen der kommunalen Abfallwirtschaft**  
Herr Dr. Rüdiger Siechau  
Präsident des VKS im VKU
- 10.40 Uhr**     **Kaffeepause**



**11.00 Uhr**      **Schwerpunkte der Abfallpolitik der Bundesregierung**  
Herr Dr. Helge Wendenburg  
Abteilungsleiter im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

**11.30 Uhr**      **Podiumsdiskussion: Entwicklungslinien der Abfallwirtschaft**  
Frau Vera Gäde-Butzlaff  
Berliner Stadtreinigungsbetriebe  
Herr Dr. Eric Schweitzer  
ALBA AG  
Herr Dr. Rüdiger Siechau  
VKS im VKU  
Herr Dr. Helge Wendenburg  
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

**Moderation und Zusammenfassung**

Herr Rechtsanwalt Hartmut Gaßner  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]

**12.30 Uhr**      **Mittagspause**

**[Themenblock B: Rechtsrahmen für die Abfallwirtschaft]**

**14.00 Uhr**      **Kommunale Organisationshoheit im Abfallbereich nach EU-Reformvertrag**  
Herr Professor Dr. Walter Frenz  
RWTH Aachen/Institut für Berg- und Umweltrecht

**14.30 Uhr**      **Europarecht und Daseinsvorsorge**  
Herr Rechtsanwalt Michael Schöneich  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]

**15.00 Uhr**      **Organisationsmöglichkeiten nach Kommunalverfassungs- und  
Kommunalwirtschaftsrecht**  
Frau Rechtsanwältin Katrin Jänicke  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]

**15.30 Uhr**      **Kaffeepause**



### **[Themenblock C: Chancen der kommunalen Abfallwirtschaft]**

- 16.00 Uhr**      **Erfahrungen mit Rekommunalisierung**  
Herr Rechtsanwalt Jens Kröcher  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]
- 16.30 Uhr**      **Vorteile interkommunaler Beschaffungs Kooperationen**  
Herr Rechtsanwalt Dr. Holger Thärichen  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]
- 17.00 Uhr**      **Nachfragen / Diskussion**
- 17.30 Uhr**      **Ende des 1. Seminartages**

### **[GGSC]-Sommerfest 2008**

- 19.00 Uhr**      **Energieforum Berlin**  
  
Stralauer Platz 34 / 10243 Berlin  
(gegenüber Ostbahnhof)

### **[Freitag, den 06.06.2008]**

### **[Themenblock D: Überlassungspflicht und gewerbliche Sammlung]**

- 9.00 Uhr**      **Durchsetzung einer Untersagungsverfügung**  
Herr Rechtsanwalt Dr. Frank Wenzel  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]
- 9.30 Uhr**      **Rechtsprechung zu gemeinnütziger und gewerblicher Sammlung**  
Herr Rechtsanwalt Wolfgang Siederer  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]
- 10.00 Uhr**      **Umgang mit Nachsortierung und Müllschleusen**  
Frau Rechtsanwältin Caroline von Bechtolsheim  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]
- 10.30 Uhr**      **Kaffeepause**



**11.00 Uhr**      **VerpackungsV: Nach der Novelle ist vor der Novelle**  
Frau Karin Opphard  
Geschäftsführerin des VKS im VKU

**11.30 Uhr**      **Neues zum Vergaberecht**  
Frau Rechtsanwältin Katja Gnittke  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]

**12.00 Uhr**      **Nachfragen / Diskussion**

**12.30 Uhr**      **Mittagspause**

**[Themenblock E: Beratungsaufgaben der Praxis]**

**13.30 Uhr**      **Beitrag der Abfallwirtschaft zur Ressourcenschonung**  
Herr Prof. Dr. Klaus Fricke  
TU Braunschweig/Leichtweiß-Institut für Wasserbau/Abfallwirtschaft

**14.00 Uhr**      **Novellierung des Deponierechts**  
Herr Rechtsanwalt Dr. Achim Willand  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]

**14.30 Uhr**      **Photovoltaikanlagen auf Deponien**  
Frau Rechtsanwältin Dr. Nicole Pippke  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]

**15.00 Uhr**      **Neues im Satzungs- und Gebührenrecht**  
Frau Rechtsanwältin Isabelle-Konstanze Charlier  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]

**15.20 Uhr**      **Das aktuelle Thema**  
Frau Rechtsanwältin Pia Denzin, LL.M.  
Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]

**15.40 Uhr**      **Nachfragen / Diskussion**

**16.00 Uhr**      **Ende des Seminares**



- Tagungsveranstalter:** [GGSC]-Seminare GmbH  
Stralauer Platz 34, 10243 Berlin  
Telefon: 030/726 10 260  
Telefax: 030/726 10 2610
- Tagungsleitung:** Anwaltsbüro [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]  
www.ggsc.de
- Tagungsort:** Umweltforum Berlin\_Auferstehungskirche GmbH  
Pufendorfstraße 11, 10249 Berlin  
www.umweltforum-berlin.de
- Tagungskosten:** Der Kostenbeitrag beträgt für Mitarbeiter von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern oder Behörden 270,00 € sowie für andere Teilnehmer 390,00 €, jeweils zzgl. Umsatzsteuer, für beide Tage und ist nach Anmeldung (vgl. beigefügtes Antwortfax) und Rechnungsstellung zu überweisen.
- Tagungshotels:** Motel One  
Dircksenstraße 36, 10179 Berlin (Nähe Hackesche Höfe)  
Telefon: 030/200 54 080  
Telefax: 030/200 54 0810  
65,50 € pro Doppelzimmer (als Einzelnutzung) inkl. Frühstück  
Stichwort: „Infoseminar 2008“

**Kontingent bis zum 30.04.2008**

Inside Premium Hotels  
Lange Straße 31, 10243 Berlin (Nähe Ostbahnhof)  
Telefon: 030/29 30 30  
Telefax: 030/29 30 31 99  
100,00 € pro Doppelzimmer (als Einzelnutzung) inkl. Frühstück  
Stichwort: „Gaßner, Groth, Siederer“

**Kontingent bis zum 08.05.2008**

**Bitte beachten Sie unsere Stichwörter, nur unter diesen können Sie Zimmer reservieren.**

Unter [www.tourist-information.de](http://www.tourist-information.de) oder unter der Rufnummer 030/25 00 25 können Sie weitere Hotels buchen.



[GGSC]-Seminare GmbH  
Frau Nußpcker  
per Fax: (030) 726 10 26 10

**Anmeldung bis 21.05.2008**

**Erfahrungsaustausch kommunale Abfallwirtschaft**

**10. Informationsseminar des Anwaltsbüros [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]  
im Umweltforum\_Auferstehungskirche in Berlin am 05. und 06. Juni 2008**

Sehr geehrte Damen und Herren,

an der Veranstaltung nehme ich /nehmen wir mit ..... Personen teil:

1. ....  
(Name, Vorname, Funktion) – bitte in Blockschrift ausfüllen -

2. ....  
(Name, Vorname, Funktion) – bitte in Blockschrift ausfüllen -

**Der Kostenbeitrag (Teilnahme, Tagungsunterlagen, Kaffeepausen, 2x Mittagessen, Abendempfang)  
beträgt je Person für**

- **Mitarbeiter von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern  
oder von Behörden** 270,00 € zzgl. USt. \*
- **andere Teilnehmer** 390,00 € zzgl. USt. \*

\*(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Teilnahme am Sommerfest ja  nein

Nach Eingang dieser Faxanmeldung übersenden Sie unaufgefordert eine Teilnahmebestätigung/Rechnung. Die Hotelreservierung und –bezahlung erfolgt in eigener Verantwortung (Kontingentreservierung in den Tagungshotels: Motel One und Inside Premium Hotels unter dem angegebenen Stichwort).

Mit freundlichen Grüßen

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)

\_\_\_\_\_  
(Stempel/Telefonnummer)

\_\_\_\_\_  
(E-Mail-Adresse – bitte unbedingt angeben)